



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Keine Politik der Extreme, Interview

Perović, Jeronim ; Greuter, Mattias

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-104282>

Newspaper Article

Originally published at:

Perović, Jeronim; Greuter, Mattias. Keine Politik der Extreme, Interview. In: Schaffhauser AZ, 10 April 2014, 11-13.



Jeronim Perovic: «Putin will als derjenige in die Geschichte eingehen, der den Zerfallsprozess aufgehalten hat.» Fotos: Peter Pfister

Osteuropa-Experte Jeronim Perovic über Probleme und Perspektiven der Ukraine

«Keine Politik der Extreme»

■ Mattias Greuter

az Jeronim Perovic, in den letzten Tagen haben Aktivisten im Osten der Ukraine russische Fahnen auf Regierungsgebäuden gehisst und eine Volksrepublik ausgerufen. Sie fordern ein Referendum über eine Abspaltung analog zur Krim. Sind diese Aktionen wirklich von Russland gesteuert, wie es die Regierung in Kiew behauptet?

Jeronim Perovic Wenn man genau hinschaut, sieht man, dass es sich um relativ wenige Demonstranten handelt, das ist kein Volksaufstand. Wer genau diese Leute organisiert, ist schwierig zu sagen. Es gibt aber sicher ein russisches Interesse daran, die Region instabil erscheinen zu lassen, und es gibt tatsächlich Hinwei-

se darauf, dass diese Aktivisten teilweise mit Bussen aus Russland angereist sind. Sicher gibt es aber auch Bürger in der Ostukraine, die verunsichert sind. Sie vertrauen der Regierung in Kiew nicht und fürchten, dass ihre Interessen übergangen werden. Wenn man dieser Tage russisches Fernsehen sieht, könnte man den Eindruck bekommen, die Ukraine stehe vor einem Bürgerkrieg, die russische Minderheit sei massiv bedroht und die Regierung habe die Lage nicht im Griff. Das stimmt so natürlich nicht, aber damit wäre der Vorwand für eine russische Intervention gegeben.

Es ist ja aus historischer Sicht kein Zufall, dass die prorussischen Kräfte im Osten aktiv sind.

Die Gebiete östlich des Dnjepr blicken auf

eine Verbindung mit Russland zurück, die auf das 17. Jahrhundert zurückgeht, als sich die dort lebenden Kosaken dem Zaren unterstellt haben. Die Gebiete westlich des Dnjepr und auch der Süden, darunter die Krim, stiessen bereits im 18. Jahrhundert zu Russland. Der äusserste Westen, namentlich das historische Galizien, geriet jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Kontrolle, und zwar durch Eroberung, nicht durch freiwilligen Anschluss. Die Geschichte der Verbindung mit Russland ist also eine andere. Das ist aber kein Grund, anzunehmen, die Ukraine habe gar keine geeinte Identität. Im März 1991 stimmte die Ukraine wie andere Sowjetrepubliken darüber ab, ob die Sowjetunion weiter Bestand haben solle. 80 Prozent der Bevölkerung sprachen sich da-

mals dafür aus. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie die kurz zuvor beschlossene Souveränität der Ukraine unterstütze – auch hier stimmten 80 Prozent zu. Die Mehrheit der Russen in der Ukraine sieht sich also durchaus als loyale ukrainische Bürger, die Russen wollen aber auch ihre russische Sprache und Kultur leben und gute Beziehungen zu Russland pflegen.

Dazu passt, dass die Mehrheit der Russen in der Ostukraine bei einer Umfrage angab, sie fühlten sich nicht unterdrückt und wollten kein Eingreifen Russlands. Wie realistisch ist die Gefahr einer russischen Intervention?

Die Menschen in der Ukraine wollen vor allem ein normales Leben führen. Sie wollen sicher keinen Krieg. Deshalb sind die Unruhen nicht in ihrem Interesse. Wenn man beginnt, von Bürgerkrieg zu sprechen, wenn regionale Regierungsgebäude besetzt werden, wenn Schüsse fallen, kann sich die Situation sehr schnell ändern. Russland müsste nicht einmal formell Truppen ins Land schicken, die russisch-ukrainische Grenze ist ja weitgehend offen und auf der Krim traten die Russen auch ohne Abzeichen auf.



«Die Spaltung, die jetzt dargestellt und politisiert wird, hat es für viele Ukrainer gar nicht gegeben.»

Jeronim Perovic

1971 in Winterthur geboren, wuchs Jeronim Perovic in Schaffhausen auf. Er studierte in Zürich und Moskau Geschichte, Politikwissenschaften und Russische Literatur. 2001 promovierte er an der Universität Zürich. Er arbeitete während mehrerer Jahre an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und absolvierte einen zweijährigen Studienaufenthalt an der Universität Harvard. Perovic habilitierte sich mit einer Arbeit zur Geschichte des Nordkavkasus an der Universität Zürich, wo er seit drei Jahren als Professor im Bereich osteuropäischer Geschichte forscht und lehrt. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Geschichte Russlands und des Balkans im 19./20. Jahrhundert, der Kaukasus und die Energiegeschichte. Dabei befasst er sich auch mit aktuellen Konflikten in Osteuropa und setzt diese in ihren historischen Kontext. (mg.)

Die Ukraine wird dieser Tage oft als «gespalten zwischen Ost und West» dargestellt. Zu Recht?

Die Ukraine hat multiple Identitäten. Es gibt Ukrainer mit einer westlich geprägten Tradition, rund fünf Millionen Ukrainer, die russisch sprechen, etwa acht Millionen ethnische Russen und sehr viele Mischehen. Innerhalb dieser gemischten Bevölkerung gab es seit dem Bestehen der Ukraine nach 1991 kaum Spannungen. Das Hauptproblem in der Ukraine war bisher nie das Zusammenleben der Menschen oder die angebliche «Spaltung» in West und Ost, sondern die zerklüftete politische Landschaft, das Fehlen einer Konsenskultur und hochkorrupte Politiker, die jeweils in ihre eigenen Taschen gewirtschaftet haben.

Wie schätzen Sie die westliche Politik gegenüber der Ukraine ein?

Ich vermisse an der ganzen Diskussion die Ukraine. Es geht um Geopolitik, um West und Ost, um die EU, die NATO und Russland. Die Politik müsste sich aber fragen: Was ist jetzt und heute das Beste für die Menschen in der Ukraine? Die Ukraine gibt es als unabhängigen Staat erst seit 23 Jahren, zuvor existierte sie in der modernen Geschichte als Teil anderer Staa-

ten und Imperien. Dieses Land sollte sich gegenüber dem Westen öffnen, muss aufgrund seiner engen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen mit Russland aber auch an guten Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarland interessiert sein. Die Ukraine sollte eine Brücke zwischen West und Ost bilden und keine Barriere darstellen.

Sie sind der Meinung, das Assoziierungsabkommen, dessen Nichtunterzeichnung die Proteste auf dem Maidan ausgelöst hat, sei ein Fehler von Seiten der EU gewesen, weil es die Ukraine zu einer Entscheidung zwischen Ost und West gedrängt habe.

Der Westen hat sicher nicht Schuld an der aktuellen Situation, eine solche Behauptung aufzustellen, wäre übertrieben. Aber der EU hat ein wenig das Fingerspitzengefühl gefehlt, denn die Brüsseler Diplomaten haben klar signalisiert, dass es im Fall der Unterzeichnung eines Abkommens mit der EU für die Ukraine unmöglich sei, der Zollunion mit Russland beizutreten. Das heisst, das Land wurde hier tatsächlich vor die Wahl gestellt. Das Hauptproblem, das dürfen wir nicht vergessen, war aber Janukowitsch und sein enorm korruptes System. Das Assoziierungsab-

kommen wurde von vielen Menschen als eine Möglichkeit gesehen, mit dem korrupten System aufzuräumen, denn es hätte Janukowitsch gezwungen, gewisse Normen und Regeln, die es in der EU gibt, zu beachten. Das Abkommen mit der EU war aus dieser Sicht nicht gegen Russland gerichtet. Aber man hätte Russland von Beginn an stärker in die Verhandlungen einbeziehen müssen.

Kommen wir zurück zu den aktuellen Unruhen im Osten. Gefährden sie die Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai?

Ja, und das scheint kalkuliert. Die Demonstranten wollen ja noch vor den Präsidentschaftswahlen ein Referendum wie auf der Krim abhalten. Und wenn sie kein Referendum abhalten können, dann wollen sie offenbar eine Situation erreichen, in der keine regulären Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden könnten, was die neue Führung in Kiew als nicht legitim erscheinen lassen würde. Andererseits: Bevor es zum Bürgerkrieg kommt, sollte sich Kiew überlegen, ob es nicht besser wäre, den sogenannten Separatisten den Wind aus den Segeln zu nehmen und das Referendum durchführen zu lassen. Denn wenn es stimmt, dass die Mehrheit den Anschluss an Russland nicht will, wie dies Umfragen

belegen, könnte die Abstimmung der Zentralregierung sogar den Rücken stärken. Der Osten der Ukraine ist russisch geprägt, aber er ist nicht so stark nach Russland orientiert wie die Krim – deshalb bin ich mir auch gar nicht sicher, ob der Kreml wirklich daran interessiert ist, dass ein Referendum in der Ostukraine durchgeführt wird.

Die ganze Welt spekuliert über die Motive Russlands und Wladimir Putins. Wie schätzen Sie ihn ein?

Eigentlich müsste es auch im Interesse Russlands sein, dass sich die Situation in der Ukraine möglichst rasch stabilisiert – schliesslich schaden westliche Wirtschaftsanktionen Russland, es gibt wirtschaftliche Interessen russischer Unternehmen in der Ukraine, es gibt viele Russen, die in der Ukraine leben und Ukrainer, die in Russ-

land arbeiten. Aber ich habe das Gefühl, Putin will als derjenige in die Geschichte eingehen, der den Niedergang Russlands seit dem

«Das Referendum könnte der Regierung den Rücken stärken.»

Zerfall der Sowjetunion nicht nur aufgehalten, sondern Russland erstmals wieder vergrössert hat. Was wir jetzt sehen, ist eine neue Ordnung in den Interessenpräferenzen: Das rein wirtschaftliche Kalkül ordnet sich unter ein geopolitisches Grossmachtkalkül. Das ist etwas ganz Neues, mit dem der Westen nun umgehen muss.

Und das hat man bisher nicht geschafft?

Es war ein Fehler der EU, der Ukraine Perspektiven anzubieten, ohne sich die Frage zu stellen, wie Russland allenfalls reagiert. Die Ukraine soll als unabhängiger Staat seine Aussenpolitik selbst festlegen können. Aber die Interessen und Befindlichkeiten Russlands, eines so wichtigen und starken Nachbarn zu ignorieren, ist schlechte Politik und kann im schlimmsten Fall zum Krieg führen – siehe Georgien. Wenn Russland in der Ostukraine einmarschiert, wird die NATO Russland nicht angreifen, das wissen alle. Deshalb funktionieren Russlands Drohgebärden, und deshalb ist es unverantwortlich von westlichen Politikern, der Ukraine ein Gefühl falscher Sicherheit zu geben.

Soll sich denn das Land nicht nach Westen orientieren?

Für die Ukraine wäre in der gegenwärtigen Situation die Blockfreiheit vermutlich die beste Lösung. Dafür ist Finnland ein gutes Beispiel: Das Land war im Zweiten Weltkrieg in einer ähnlich schwierigen Lage, heute hat es hervorragende Beziehungen zum Westen, aber auch gute Beziehungen zu Russland. Die Ukraine braucht Zeit, sich zu konsolidieren und dafür ist unbedingt eine lange Verschnaufpause nötig.

Wie soll sich der Staat in Zukunft organisieren? Russland drängt auf eine Föderalisierung – aus Schweizer Sicht tönt das doch gut.

Die Föderalisierung ist auf dem Papier eine gute Idee, und jede Regierung müsste sie ins Pflichtenheft nehmen. Sie scheint mir aber erst nach einer gewissen gesamt nationalen Konsolidierung sinnvoll. Zu früh angepackt, ist sie ein Risiko, weil dies zentrifugale Tendenzen noch verstärken könnte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nur ein starker Zentralstaat in der Lage, wichtige Zukunftsfragen anzupacken, die Einheit zu wahren und den aussenpolitischen Kurs festzulegen. Ausserdem zeigt die Geschichte, dass es schwierig ist, eine Föderation zu schaffen, die nicht erst in einem langen Prozess von unten entstanden ist. Russland hat das in den 1990er Jahren ebenfalls versucht, ist aber seit Putin in der politischen Praxis zu einem strengen Zentralismus zurückgekehrt, weil es sich vor der Verselbständigung seiner Regionen fürchtet. Deshalb ist es schon interessant, dass gerade Russland von der Ukraine eine Föderalisierung verlangt.



An der Universität Zürich hat Jeronim Perovic eine SNF-Förderprofessur inne.